Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 84 (2004)
Heft: 7-8

Artikel: Eigennutz und Sympathie : Gegen den Vorrang der Politik
Autor: Nef, Robert
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-167163

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Eigennutz und Sympathie

Gegen den Vorrang der Politik

Die Menschen verhalten sich rational und emotional, in einer komplexen Mischung. Sie orientieren sich an ihrem Eigennutzen, sind aber gleichzeitig auch darauf angewiesen, anerkannt, geschätzt und geliebt zu werden.

Robert Nef

Was ist der Mensch? Im Kant-Jahr und im Jahr der EU-Osterweiterung fehlt es nicht an Motiven, sich wieder einmal mit dieser Frage zu beschäftigen. Der Traum von einer Menschheit, die auf frei und spontan praktizierter Sympathie beruht, steht – mindestens teilweise – im Konflikt mit der Realität. Viele Menschen maximieren ihren Nutzen auch zulasten ihrer Mitmenschen. Gehört dieser Egoismus zum genetischen Erbe, oder ist er das Merkmal einer unterentwickelten Gemeinschaftskultur, Folge mangelhafter Erziehung oder politisch-gesellschaftlicher Fehlsteuerungen?

Wenn Liberale sich bemüssigt fühlen zu betonen, sie seien trotz ihres Liberalismus auch noch «sozial eingestellt», so erliegen sie einer fatalen Täuschung. Man ist nicht sozial *obwohl* man liberal ist, sondern *weil* man liberal ist. Wer soziales Verhalten via Rechtsnormen kollektiv erzwingen will, zerstört auf die Dauer mehr Gemeinsinn als er generiert. Die meisten Nutzenmaximierer sind nämlich immer gleichzeitig auch Sympathiemaximierer, und das Bild eines egoistischen *homo oeconomicus,* der mit einem altruistischen «besseren Ich» eines *homo politicus* oder *homo religiosus* zu überwinden wäre, ist irreführend. Wie sich im Einzelfall Eigenliebe und Nächstenliebe zu einem unentwirrbaren Gemisch verbinden, kann wohl keine Verhaltensforschung und auch keine Psychologie definitiv aufschlüsseln. Niemand ist in der Lage, sich über seine eigenen Motive und über die Motive seiner Mitmenschen letzte Klarheit zu verschaffen, und wir müssen uns damit abfinden, über zweit- und drittletzte Gründe nachzudenken.

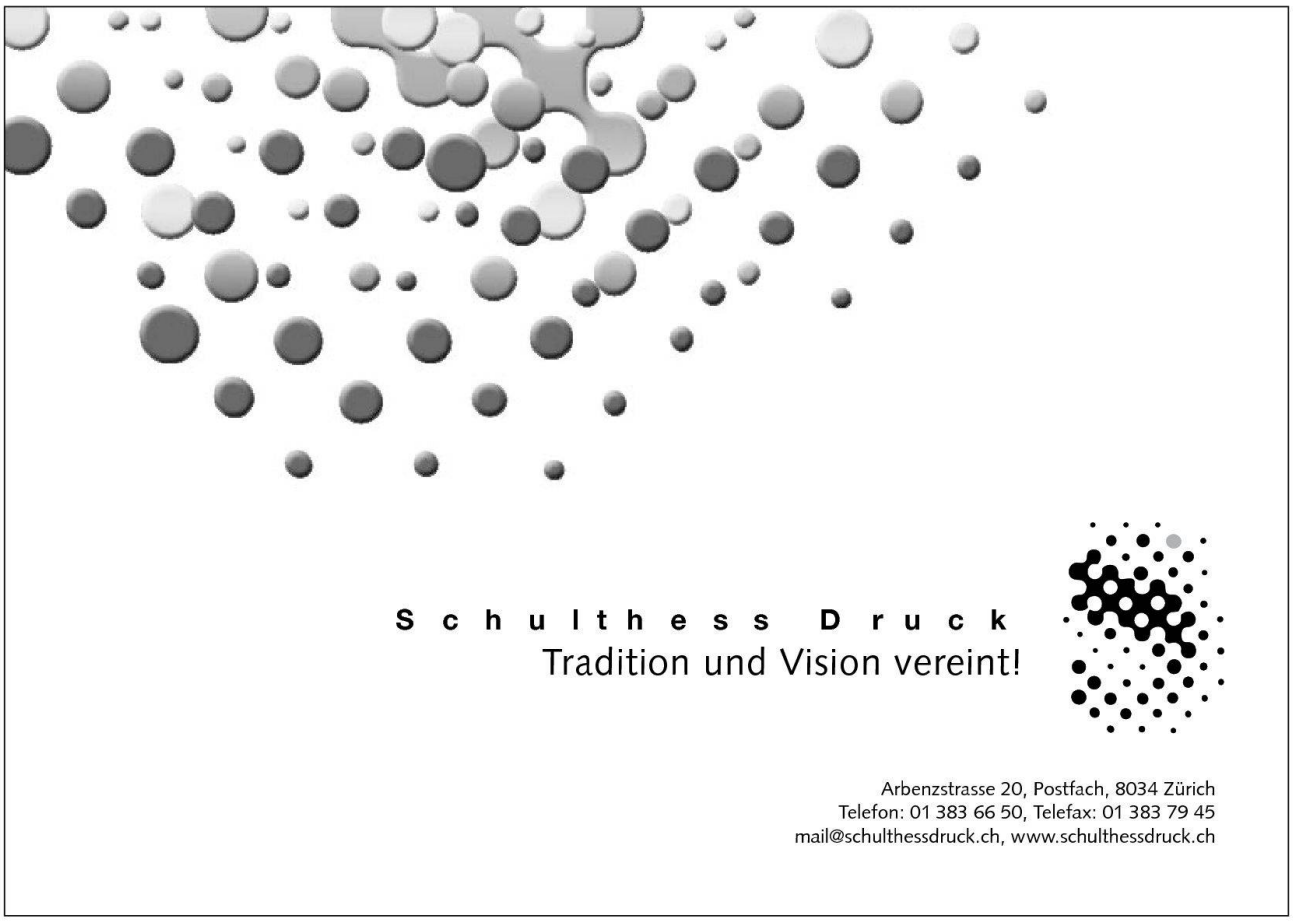
Primat der Politik – totalitären Ursprungs

Die Meinung, der Mensch könne über ein «Primat der Politik» mit den Mitteln des Rechts (und damit auch des Zwangs) vom «bösen Nutzenmaximierer» zum «solidarischen und altruistischen Bürger» umgeformt werden, ist durch keinerlei historische Erfahrungen gestützt. Im Gegenteil. Heute hört man immer wieder die Forderung, die Marktwirtschaft müsse durch politische Schranken «gezähmt» werden und habe sich nach übergeordneten politischen Zielen auszurichten. Dabei wird zu wenig bewusst, dass die Unterordnung der Wirtschaft unter politische Ziele zum Totalitarismus führen kann. Das «Primat der Politik» war nicht nur ein Dogma der sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft, es war auch ein bestimmender Grundsatz der nationalsozialistischen Volkswirtschaft, in der unter politischer Führung der Gemeinnutz über den Eigennutz triumphieren sollte, und dies, wie sich dann zeigen sollte, durchaus nicht zum Nutzen aller.

Bei Harald Friese lesen wir in seiner Monographie mit dem Titel «Wettbewerb und Politik in der Rechtsordnung des Nationalsozialismus, Primat der Politik und ständischer Gedanke im Kartell-, Wettbewerbs- und Organisationsrecht 1933–36», (Fundamenta Juridica, Bd. 23, 1994), folgendes: *«Im Verlauf der Weltwirtschaftskrise gewannen vor allem im Bereich des gewerblichen und industriellen Mittelstandes Forderungen nach Beschränkung des Wettbewerbs durch Ausweitung der Möglichkeiten privatautonomer Marktregelung zunehmende Bedeutung, die argumentativ mit ständischen Ideen verbunden und von der nationalsozialistischen Mittelstandspropaganda aufgegriffen wurden. Diese Forderungen standen in ihren wirtschaftspolitischen Konsequenzen aber in Widerspruch zu dem von Hitler in Anspruch genommenen Grundsatz vom Primat der Politik, nach dem Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsrecht lediglich Instrumente zur Verwirklichung der politischen Zielsetzung des Nationalsozialismus darstellten. Der daraus folgende Konflikt prägte die Entwicklung des Kartell-, Wettbewerbs- und Organisationsrechts der Jahre 1933 bis 1936. Eigenmächtigen Versuchen zur Bildung und Durchsetzung privatautonomer Marktregelungen von seiten des gewerblichen Mittelstandes trat die staatliche Wirtschaftspolitik entgegen. Auch die Rechtsprechung des Kartellgerichts und der Zivilgerichte folgte in ihren Entscheidungen den Vorgaben der staatlichen Wirtschaftspolitik.»* Nicht alle, die heu-

te immer wieder ein «Primat der Politik» fordern, sind in Zusammenhang mit den beiden ideologisch durchaus verwandten kollektivistischen Totalitarismen des 20. Jahrhunderts zu bringen, aber ein Misstrauen gegenüber dieser historisch belasteten Terminologie ist jedenfalls berechtigt.

Markt als Lernprozess

Spätestens seit Adam Smith wissen wir es: «Die Wohlfahrt der Nationen» – so lautet der Titel seines weltberühmten zweiten Buchs – ist untrennbar mit seiner «Theorie der ethischen Gefühle», seinem ersten Hauptwerk verknüpft, und es ist nicht etwa so, dass der Ethiker mit zunehmendem Alter resigniert zu einem jener Ökonomen geworden wäre, dem Kosten/Nutzenrechnungen wichtiger sind als das subtile Verhältnis von Tausch und Sympathie. In den letzten Jahren kümmerte sich Adam Smith um die zweite Fassung seines ersten Buches, und er hat seinen ethischen Ansatz nicht etwa relativiert, sondern eher radikalisiert.

Das wirtschaftliche Denken und Fühlen ist also nicht, wie häufig angenommen wird, eine Alternative zu einem angeblich höherwertigen politischen und sozialen Verhalten. Es ist ein Prozess des zivilisierten Austauschs, der weit über das rein Materielle hinausreicht. Das mehrfach gescheiterte Experiment des Sozialismus hat im ehemaligen Ostblock nicht nur ökonomische Schäbigkeit und ökologische Schäden hinterlassen, sondern auch ein ruiniertes Sozialgefüge und ein Chaos des Misstrauens und krasser Egoismen. Was sich heute in vormals sozialistischen Ländern an asozialem und unethischem Verhalten manifestiert, ist nicht etwa der «Preis» neuer Freiheiten und die Begleiterscheinung eines aufkeimenden Kapitalismus, sondern die schwere Altlast einer Doktrin, die mit dem Ziel angetreten war, die Menschen durch Zwang und zentrale Planung gleichzeitig wohlhabender und mitfühlender zu machen. Staatlich erzwungener Sozialismus hat aber die Menschen nicht sozialer werden lassen, sondern asozialer, egoistischer, neidischer und fordernder, mit geballten Fäusten, die meist aussen rot und innen braun sind. Damit wird sich Europa nach der Osterweiterung noch längere Zeit herumschlagen müssen. ■